

Sozialdemokratischer Pressedienst

Chefredakteur:
Helmut G. Schmidt
Verantwortlich: Rudolf Schwinn

Telefon: (0228) 9 15 20-0
Telex: 886 848 pbbn
Telefax: (0228) 9 15 20-12

Inhalt

Michael Müller MdB zum Wirken des Dualen Systems Deutschland (DSD): Spiegelbild einer verfehlten Abfallpolitik.

Seite 1

Dr. Gerold Thalheim MdB und Dr. Gabriele Wirth MdL zum Konkurs der Sachsenmilch AG und dessen Ursachen: Die sächsischen Milchbauern wollen keine Almosen.

Seite 4

Karl Diller MdB zur Investitionspolitik der Koalition im Baubereich: Management by Chaos.

Seite 6

48. Jahrgang / 146

4. August 1993

Spiegelbild einer verfehlten Abfallpolitik Zum Wirken des Dualen Systems Deutschland (DSD)

Von Michael Müller MdB
Umweltpolitischer Sprecher der SPD-Bundestagsfraktion

1. Die Bestandaufnahme des DSD ist negativ

Das Abfallaufkommen steigt: im Schnitt entfallen auf jeden Bürger rund 351 kg Haus- und Sperrmüll pro Jahr. Im produzierenden Gewerbe nimmt das Abfallaufkommen zu - in den alten Ländern von 196,5 Millionen Tonnen im Jahr 1984 auf 215 Millionen Tonnen im Jahr 1990. Dasselbe bei den Sonderabfällen, deren Menge in dem Zeitraum von 8,9 auf 11,1 Millionen Tonnen angestiegen ist. Die Bundesrepublik gehört zu den "Weltmeistern" beim Müllexport.

Die wachsenden Müllberge sind in den Augen der deutschen Öffentlichkeit das Umweltproblem Nummer 1. Hierbei ist die Duale System Deutschland GmbH zu einem Spiegelbild einer verfehlten Abfallpolitik geworden. Auch wenn mit der DSD-GmbH alle Schwächen und Fehlentwicklungen verbunden werden, ist sie nicht das eigentliche Problem. Vielmehr ist die Rahmensetzung der Abfallpolitik falsch.

Die Duale System Deutschland GmbH ist Ausdruck einer Abfallpolitik, die an den Auswirkungen der Abfallmengen herumdoktert, statt die Probleme an der Wurzel anzupacken und zu lösen. Weil dies nicht geschieht, wird versucht, die Öffentlichkeit über die Schwierigkeiten zu täuschen. Wie bei einem "Schwarzen-Peter-Spiel" wird versucht, die Folgen auf andere abzuwälzen, in erster Linie auf die Bürgerinnen und Bürger. Der "Grüne Punkt" wird durch horrend steigende Kosten bei Sammlung, Aufbereitung und Verwertung, insbesondere bei Plastik-Verbundverpackungen, immer teurer, ohne wirklich durchgreifende Lösungen zu erreichen. Dies hat auch zur Folge, daß die in der Regel für Umweltfragen hochmotivierten Verbraucher das Vertrauen verlieren und sich fragen, was ihr persönliches Engagement überhaupt bringt.

Wenn Bundesumweltminister Klaus Töpler in seiner Zwischenbilanz DSD als Erfolg bezeichnet, weil 1992 nach Schätzungen der Gesellschaft für Verpackungsmarktforschung der Einsatz von Verpackungen erstmals um 3,1 Prozent auf 11,764 Millionen Tonnen zurückgegangen sei, so ist dies eine fragwürdige Verschönerung der Fakten:

Verlag, Redaktion und Druck:

Sozialdemokratischer Pressedienst GmbH
Heuseallee 2-10, Prosehaus 1/217, 53113 Bonn
Postfach 12 04 08, 53046 Bonn

Erscheint täglich von Montag bis Freitag.
Bezug nur im Abonnement. Preis DM 82,50 mit
zuzügl. MwSt. und Versand.

Umweltlicher Druck
mit wertvollen Rückgaben
Reinhold Bayer



- o Es ist nicht geklärt, inwieweit der Rückgang konjunkturbedingt ist, also im Zusammenhang mit der Abschwächung der Konsumnachfrage steht.
- o Ein Rückgang um 3,1 Prozent steht in keinem Verhältnis zu Aufwand und Kosten des Systems. In der Zwischenzeit hat DSD schätzungsweise rund zehn Milliarden DM an Gebühren eingenommen. Weitere Gebührenerhöhungen stehen an.
- o Auch ohne DSD würde in Hamburg nach Aussage des dortigen Umweltsenators Fritz Vahrenholt rund ein Drittel des gesamten Hausmülls zu weitaus geringeren Kosten durch ein kombiniertes Hof- und Bringsystem gesammelt. Altpapier, Altglas und oft auch Weißblech wurden in vielen Kommunen seit Jahren erfaßt und wiederverwertet - und das zu wesentlich günstigeren Preisen als unter DSD-Regie.
- o Der Verbraucher zahlt heute für die Abfuhr und Entsorgung der "Gelben Tonne" vier- bis siebenmal so viel wie für die "graue Tonne".
- o Die angebliche Mehrwegquote bei Getränke-Verpackungen von 75 Prozent ist nicht belegt. Dem Umweltministerium liegen seit einiger Zeit konkrete Zahlen vor, die nach Paragraph 9 Absatz 3 der Verpackungsverordnung zur Jahresmitte veröffentlicht werden müßten, aber nach Aussage des BMU nun erst 1994 publiziert werden sollen.
- o Nach Erhebungen liegt die Mehrwegquote für Milch in Baden-Württemberg bei rund 40 Prozent, in Schleswig-Holstein bei zwölf und in Mecklenburg-Vorpommern bei sechs. Vor diesem Hintergrund ist zu vermuten, daß die gesetzlich vorgeschriebenen Quoten nicht erfüllt werden.
- o Die "wilde" Entsorgung nimmt zu, sowohl im Ausland wie auch in der Bundesrepublik selbst. Die auf Parkplätzen gefundenen illegalen Ablagerungen haben sich in den letzten Monaten enorm erhöht.
- o Es wird der falsche Eindruck erweckt, als ließe sich jede Verpackung recyceln. Doch dies trifft für einige Verpackungsarten und Stoffe nicht zu, insbesondere für bestimmte oder nicht wertstoffreine Kunststoffe.

2. DSD ist das Ergebnis einer verfehlten Abfallpolitik

Die Bundesregierung wie die DSD-GmbH versuchen unzureichende Lösungen als Erfolg zu verkaufen, statt die Zielsetzungen einer modernen Stoffwirtschaft anzugehen: Vermeiden, vermindern und stofflich verwerten. Bei der DSD-GmbH werden heute die Folgen der verfehlten und unzureichenden Abfallpolitik der Bundesregierung deutlich. Wenn es nicht schnell zu Korrekturen kommt, wird der Zukunft eine "Erblast" aufgebürdet, die den Einstieg in eine ökologische Abfall- und Verwertungs politik, die ihren Namen verdient, massiv erschwert, weil gewaltige ökonomische und organisatorische Sachzwänge geschaffen wurden. Diese Strukturzwänge müssen in einem engen Zusammenhang mit den gewaltigen Investitionsvorhaben gesehen werden, die vor allem in großtechnologische Systeme zur Abfallbeseitigung getätigt werden (sollen), nicht aber zur Vermeidung. Müllbeseitigung - ein Milliardengeschäft.

Problematische Trends kennzeichnen die Entwicklung im Abfallsektor. In keinem anderen legalen Wirtschaftssektor sind heute die Gewinnspannen mit bis zu 50 Prozent so hoch wie bei den "Entsorgungsunternehmen". Solange die Abfallpolitik nicht auf eine andere Grundlage gestellt wird, wird der Konzentrationsprozeß zu wenigen monopolartigen Unternehmen weiter zunehmen. Kleine und mittlere Unternehmen, die verbraucher-nah kreative Lösungen anbieten, werden vom Markt verdrängt. Diejenigen, die sonst bei jeder Gelegenheit Wettbewerb und Marktwirtschaft beschwören und

Privatisierungen fordern, haben in der Abfallpolitik private Monopolstrukturen geschaffen, auf die die Allgemeinheit noch weniger Einfluß hat als auf öffentliche Unternehmen.

In der Abfallpolitik werden "vollendete Tatsachen" - das heißt, die Produktion der Müllberge - hingenommen, statt die Ursachen der Fehlentwicklungen anzugehen. Auch dadurch werden die Entsorgungstechnologien ständig teurer. Die ökonomische Grundlage dieser Branche ist die Ausnutzung und Neuschaffung von Entsorgungskapazitäten, was ein hohes Müllaufkommen erfordert. Vom DSD verspricht sich die Branche jährliche Wachstumsschübe in zweistelliger Höhe. Unter diesen Bedingungen bleibt Abfall ein teurer Kostenfaktor für Handel, Verbraucher und Wirtschaft.

Die Auseinandersetzung um die Duales System Deutschland GmbH hat einen grundsätzlichen Charakter, denn hiermit sind prinzipielle Weichenstellungen für die weitere Abfall-, Wirtschafts- und Industriepolitik verbunden. Derzeit werden Strukturen geschaffen, die die Probleme nicht lösen können, aber Abfall zum Milliardengeschäft für wenige, monopolartige Unternehmen machen. Damit sind ökonomisch wie ökologisch gravierende Fehlentwicklungen programmiert. Sie gehen zu Lasten von Umwelt, Bürger, Handel, Dienstleistungen und nicht zuletzt der Wirtschaft insgesamt.

3. Die Abfallpolitik vom Kopf auf die Füße stellen

Die Existenzberechtigung der DSD GmbH kann nicht damit gerechtfertigt werden, daß ohne diese Einrichtung die Situation noch schlimmer wäre. Statt dessen fordert die SPD eine grundsätzliche Novellierung der Abfallpolitik nach den Prioritäten

- Vermeidung,
- Minimierung und
- stoffliche Verwertung.

Ohne eine Verringerung von Stoffströmen, Stoffumsätzen und Ressourcenverbrauch ist eine nachhaltige Verkleinerung der Abfallmengen und Entschärfung der Umweltprobleme nicht zu erreichen. Eine derartige Vermeidung durch "Maßnahmen an der Quelle" zielen auf eine Verringerung des Ressourcenverbrauchs, weitgehende Kreislaufführung der Stoffe, Erhöhung der Langlebigkeit von Produkten und Reduktion des Schadstoffeintrags. Derartige präventive Regelungen existieren bisher nicht. Für diese Ziele und die dafür notwendigen Instrumente muß ein gesellschaftlicher Konsens geschaffen werden.

In die Ziele einer ökologischen Stoffwirtschaft muß sich auch die Novellierung der Verpackungsverordnung einordnen, die heute die Grundlage für die Duale System Deutschland GmbH bietet. Erste Schritte sind:

- a) Mehrwegquoten sind verbindlich festzuschreiben. Dort, wo es eingeführte Mehrwegsysteme gibt, werden sie ökonomisch bevorzugt, problematische Verpackungen werden spätestens nach einer Übergangszeit verboten. In zehn Jahren muß insbesondere im Getränkebereich die Mehrwegquote generell 90 Prozent betragen.
- b) Zur Verringerung der Kosten für Rücknahmesysteme sind die Verpackungsarten stärker zu standardisieren. Dann lassen sich auch platz- und personalsparende Automatenysteme nutzen.
- c) Die Rücknahme bepfandeter Verpackungen muß nicht zwangsläufig im Laden geschehen. Vorstellbar sind auch verbrauchsnahe Sammelstellen oder Automatenysteme, die über Bons, die an der Kasse eingelöst werden, zudem eine verstärkte Kundenbindung schaffen.
- d) Generell ist der Verpackungsumfang beispielsweise durch Normempfehlungen und finanzielle Anreize zu verringern.

- e) Sämtliche Verpackungen sind zu kennzeichnen nach
- wiederverwendbar (Mehrweg),
 - wiederverwertbar (Recycling garantiert) und
 - nicht wiederverwertbar (Einweg).
- f) Den "Grünen Punkt" erhalten nur Mehrweg- und Recyclingverpackungen. Verbrennung, Hydrierung und Verfüllung werden nicht als Verwertung anerkannt.

Die DSD-GmbH wird in der heutigen Form beendet. Inwieweit es in Zukunft als Unternehmen im öffentlichen Auftrag mit völlig veränderter Aufgabenstellung eine Rolle in der Abfallpolitik spielen kann, muß im Rahmen eines abfallwirtschaftlichen Gesamtkonzepts geprüft werden. Basis dieses Konzepts ist eine ökologische Stoffwirtschaft, die direkt bei der Auswahl von Stoffen und der Gestaltung der Produkte ansetzt. Ziel sind Öko-Design, Kreislaufsysteme, produktintegrierter Umweltschutz.

- a) Bis spätestens Anfang 1994 wird der Rahmen für die Aufstellung von Ökobilanzen und Produktlinienanalysen erstellt, um eine transparente ökologische Bewertung von Stoffen, Produkten und Verpackungen vornehmen zu können. Derartige Bilanzen sind Hilfsmittel für die Entscheidungsbildung.
- b) In den nächsten zwölf Monaten müssen nach Diskurs mit Wirtschaft, Gewerkschaften, Wissenschaften und Umwelt- und Verbraucherverbänden von der Politik die ersten Grundlagen für eine ökologische Stoffwirtschaft geschaffen werden. Die Enquete-Kommission "Schutz des Menschen und der Umwelt" hat dafür bereits Vorarbeiten geleistet. An Erfolgen auf diesem Weg werden sich auch die zukünftigen Konkurrenzchancen der Wirtschaft entscheiden. Gerade weil der Faktor Arbeit teuer ist, müssen die Wettbewerbsvorteile auf der Materialseite verbessert werden.

Für die Sicherung des Industriestandorts Deutschland wie aus ökologischer Verantwortung müssen die Chancen, die in abfallarmen und umweltverträglichen Produktions- und Konsumformen liegen, genutzt werden. Das Festhalten an antiquierten Dinosauriertechnologien ist dagegen ein teurer Irrweg.

(-/4. August 1993/rs/ks)

Die sächsischen Milchbauern wollen keine Almosen
Zum Konkurs der Sachsenmilch AG und dessen Ursachen

Von Dr. Gerald Thalheim MdB
Stellvertretender Agrarsprecher der SPD-Bundestagsfraktion und
Dr. Gabriele Wirth MdL
Agrarsprecherin der sächsischen SPD-Landtagsfraktion

Durch den Konkurs der Sachsenmilch AG ist das Konzept des sächsischen Landwirtschaftsministeriums zur Privatisierung und Neustrukturierung der Molkereilandschaft in Sachsen gescheitert.

Zu fragen ist, ob Minister Jähnichen mit seinen zahlreichen Beamten aus dem Stammland der Süd-milch AG gut beraten war - machte er sich hierdurch doch im für die sächsische Landwirtschaft so

wichtigen Bereich der Milchwirtschaft allein von den "Großen aus den alten Bundesländern" abhängig.

Gutgläubig und unkritisch hatte man einseitig auf das Engagement der Südmilch in Sachsen gesetzt. Wie man jetzt in Sachsen schmerzlich erfahren muß, kamen Wolfgang Weber und Co keineswegs nach Sachsen, um einen Beitrag für die Einheit zu leisten. Ihr Engagement dort war vielmehr ein Befreiungsschlag des bereits in der Krise befindlichen Molkereeriesen aus Stuttgart, der sich mit der Erschließung neuer Märkte in den neuen Ländern wirtschaftlich sanieren wollte.

Das Gegenteil ist jetzt eingetreten. Es droht die Gefahr, daß die sächsischen Milchbauern, vor allem die Anlieferer der Sachsenmilch AG, mit in den Sumpf aus Mißmanagement, Inkompetenz und Korruption gezogen werden.

Alle Beteiligten machen es sich zu einfach, wenn sie jetzt dem ehemaligen Vorstandschef Wolfgang Weber die Alleinschuld zuschieben wollen. Zweifellos trägt Weber die Hauptverantwortung für die Fehlentscheidungen der Vergangenheit. Der Außenstehende fragt sich jedoch, wieso es den "Experten" im Aufsichtsrat - sowohl der Sachsenmilch als auch der Südmilch - wie auch den Wirtschaftsprüfern der Deutschen Bank und den verantwortlichen Mitarbeitern des sächsischen Staatsministeriums nicht aufgefallen war, daß die Finanzplanung für den Neubau der Sachsenmilch-Molkerei in Leppersdorf unrealistisch war.

Wo war der Sachverstand der Aufsichtsratsmitglieder der Südmilch AG wie beispielsweise von Herrn Richard Bayha, CDU/CSU-MdB, der jeden Auftritt in Ostdeutschland nutzte, um die ökonomische Inkompetenz und Verantwortungslosigkeit der früheren sogenannten sozialistischen Landwirtschaftsleiter anzuprangern?

Wenn es um die Verantwortung für das Debakel geht, sind in erster Linie diese Herren gefragt.

Die Lasten aus dem Konkurs der Sachsenmilch AG dürfen nun nicht den sächsischen Milchbauern aufgebürdet werden.

Die Unterstützungsmaßnahmen des sächsischen Staatsministeriums, Anpassungshilfen vorzeitig auszuzahlen und den Bauern für die ausgefallenen Milchgelder Überbrückungsdarlehen einzuräumen sowie eine Erzeugergemeinschaft zu gründen, sind ein erster Schritt zur Hilfe, der jedoch bei weitem nicht ausreicht. Die Milchbauern wollen keine Almosen, sondern die gerechte Bezahlung ihrer gelieferten Ware. Diese Forderung ist von allen Verantwortlichen zu unterstützen.

Bei der Suche nach gerechten Lösungen darf es keine Tabus geben. So sollte eine Auffanggesellschaft unter Beteiligung der Deutschen Bank und des Freistaates Sachsen sowie weiterer, noch zu suchender Investoren aus der Molkereiwirtschaft gegründet werden, die mit dem Ziel in Verpflichtung gegenüber den Anlieferern tritt, alle Milchlieferungen exakt zu bezahlen.

Dies kann nur gelingen, wenn das Molkereiprojekt in Leppersdorf weitergeführt wird. Hierfür ist allerdings die Solidarität der sächsischen Milchbauern gefragt, die das Vorhaben weiter unterstützen müßten. Geschieht das nicht, sind nicht nur die staatlichen Fördergelder aus Steuermitteln unwiederbringlich verloren, sondern - und das wiegt viel schwerer - auch das Vertrauen in die Institutionen des demokratischen Rechtsstaates.

Dessen muß man sich im sächsischen Staatsministerium für Ernährung, Landwirtschaft und Forsten und bei der Deutschen Bank bewußt sein. Gerade mit der Börseneinführung der Sachsenmilch AG wurden schließlich positive wirtschaftliche Hoffnungen - nicht nur in der Molkereiwirtschaft - für den Aufschwung Ost geweckt, die jetzt nicht enttäuscht werden dürfen.

(-/4. August 1993/rs/ks)

Management by Chaos
Zur Investitionspolitik der Koalition im Baubereich

Von Karl Diller MdB
Berichtersteller des Haushaltsausschusses

Management by Chaos - so läßt sich die Investitionspolitik der Koalition beschreiben.

Am 29. Juni 1993 beschließt sie eine "Politik für Wachstum und Beschäftigung": "Sparen allein wird den gesamtwirtschaftlichen Herausforderungen nicht gerecht. Deshalb wird das Spar- und Konsolidierungsprogramm ergänzt durch ein Paket wachstumsbelebender Maßnahmen: Öffentliche Investitionen sollen so weit wie möglich vorgezogen werden."

Am 30. Juni 1993 fordert sie im Haushaltsausschuß das Gegenteil: "Neu- oder Ersatz- oder Erweiterungsbauten, die noch nicht tatsächlich begonnen sind, dürfen nicht mehr weiter geplant werden. Begonnene Maßnahmen ... sind zeitlich zu strecken."

Die Bundesregierung sieht Ihren Beschluß vom 29. Juni als "Geschwätz von gestern" an und verfügt im Genehmigungsbescheid für den Nachtragshaushalt der Bundesanstalt: "Die zu erwartenden hohen Belastungen ... in den nächsten Jahren ... erfordern, daß grundsätzlich Neu-, Ersatz- und Erweiterungsbauten derzeit zurückgestellt werden."

Damit sind auf unabsehbare Zeit blockiert:

Der Neu-, Um- oder Erweiterungsbau

- der Verwaltungsschulen in Aalen, Geretsried, Lauf und Meißen,
- sowie der Arbeitsämter Annaberg, Bad Säckingen, Bautzen, Bonn, Bremen, Chemnitz, Cottbus, Dresden, Frankfurt/Main, Frankfurt/Oder, Göppingen, Halberstadt, Hildesheim, Jena, Koblenz, Lemgo, Mainz, Mannheim, Mayen, Meschede, Münster, Pfankirchen, Recklinghausen, Saarbrücken, Stade und Trier.

Der verfügte Baustopp ist auch höchst unsinnig: Im Haushaltsplan veranschlagte Bauvorhaben nicht auszuführen, hilft nicht beim Sparen, sondern kostet zusätzliches Geld

- infolge Baupreissteigerungen,
- wegen Schadenersatzforderungen von Architekten, Bauträgern pp,
- weil den lokalen Arbeitsmärkten die Aufträge fehlen.

Erste Reaktion: "Angesichts der zu befürchtenden Schadenersatzforderungen sowie der sonstigen Kosten, die im Falle einer Nichtrealisierung des Neubauvorhabens Recklinghausen entstehen würden", beabsichtigt die Bundesregierung jetzt, doch diesem Bauvorhaben ihre Zustimmung zu geben und bittet die Berichterstatter des Haushaltsausschusses, damit einverstanden zu sein.

Als Berichterstatter stimme ich dem ausdrücklich zu und fordere darüber hinaus Koalition und Bundesregierung auf, umgehend den unsinnigen Baustopp aufzuheben.

(-/4. August 1993/rs/ks)
